



Die Nachricht, dass das Gymnasium Rondorf in Rodenkirchen neben der Gesamtschule errichtet werden soll, wundert uns Eltern sehr. Wir sind entschieden dagegen.

Im Grunde ist es recht einfach: In Köln muss der Haushalt wirkungsorientiert gestaltet werden. Es ergeben sich folgende Fragen:

1. Welche Auswirkung erzielt die Stadt, mit dem Aufbau des Interims – ohne Geld auszugeben, um die Container dorthin zu bringen, wo sie gebraucht werden? und stattdessen an Ort und Stelle das Gymnasium Rondorf für eine unbekannte Anzahl an Jahren interimsmäßig aufbaut?

Die Bürgerinitiative Gesamtschule Rondorf hat in ihrer Stellungnahme bereits alle Auswirkungen ausführlich erläutert. (Die Stellungnahme ist im Anhang.) Zudem: Was passiert mit den zukünftigen Jahrgängen? Im Schuljahr 24/25 sollen Fünftklässler einziehen, wohin mit diesen zwei Jahre später? Ab der siebten Klasse? Einige Politiker sind der Meinung, dann müssen eben weitere Container an Ort und Stelle aufgebaut werden. Kennen Sie die Örtlichkeiten? Wenn nicht, fahren Sie mal vorbei und scheuen Sie sich die Situation an. Am Besten morgens um 08 Uhr oder nachmittags um 16 Uhr.

Letztendlich sind massive Benachteiligungen der Gesamtschüler vorprogrammiert, da das Interim natürlich von den Räumlichkeiten nicht ausreichen wird, so dass Räumlichkeiten der Gesamtschule genutzt werden müssten, insbesondere sind hier die Turnhallen und die Fachräume zu erwähnen. Damit wird die schulische Ausbildung der Gesamtschüler massiv behindert. Der Anspruch auf gleichberechtigte Bildung nach dem Schulgesetz würde damit ausgehebelt werden.

Übrigens: Im [report-k.de](https://www.report-k.de) (Internetzeitung von Köln) vom 03.04.23 heißt es. „Das erste Mal seit 15 Jahren müssen im kommenden Schuljahr keine Mehrklassen an den Gymnasien eingerichtet werden, heißt es von der Stadt Köln“ (Bericht: „Kölner Schulplätze sind vergeben: <https://www.report-k.de/koelner-schulplaetze-sind-vergeben/>) Es sind also genügend Gymnasialplätze bereits vorhanden.

2. Welche Auswirkung erzielt die Stadt Köln, wenn Sie Geld ausgibt, um die Container dorthin zu stellen, wo sie von den Bürgern gebraucht werden?

Der Bedarf besteht im Kölner Westen und Norden, und zwar der Bedarf an Gesamtschulplätzen. Damit würde die Stadt Köln dem Bedarf der Bürger gerecht, Schülerinnen und Schüler hätten keinen weiten Schulweg und die Elternteile müssten weder morgens noch nachmittags quer durch die Stadt tingeln, um ihre Kinder zur Schule zu bringen oder abzuholen. Sie hätte ebenso schnell vorhandene Schulplätze, wie hier, nur an der Stelle, wo Bedarf besteht. Und: Die Stadt Köln würde unabhängig von ihrem Klüngel gelobt werden, dass sie den tatsächlichen Bedarf ihrer Mitbürger berücksichtigt.

Für die Frage der Finanzierung für die Container-„Verfrachtung“, ein Beispiel: In der Stadt gibt es eine Toilette für eine Person, die vom Sicherheitsdienst bewacht wird und monatlich 10.000€ kostet. 10.000€ - nicht für schulische Bildung. Wenn dringend finanzieller Bedarf bestünde, kann sicherlich mal am Sicherheitspersonal gespart und die Toilette vorübergehend geschlossen werden. Dann können sofort Schulplätze für mehrere Hundert Schüler und Schülerinnen dort aufgebaut werden, wo Bedarf an Gesamtschulplätzen besteht.

Ist es nicht die Aufgabe einer Stadt, das Geld so auszugeben, dass damit der größtmögliche Nutzen erzielt wird?

Was macht mehr Sinn: Container dort aufzustellen, wo sie jetzt gebraucht werden, oder ein Gymnasium für eine ungewisse Anzahl an Jahren interimsmäßig aufzubauen?

Welchen Eindruck hinterlässt die geplante Vorgehensweise bei den betroffenen Bürgern?

- a) Dass hier Politiker, insbesondere in diesem Fall die Grünen als auch die CDU, nicht daran interessiert sind eine sinnvolle Lösung zu finden.
- b) Dass unsere Gelder nicht wirkungsvoll eingesetzt werden.

Kommunikationsbeauftragte Jana Schwierske